

Protokoll der Sitzung vom 19.11.2025 in Münster

Sitzungsteilnehmer/-innen

Jan Waßenberg	Amtsgericht Essen, richterl. Vertreter OLG-Bezirk Hamm
Julia Schwabe	Stellv. Vorsitzende der ÜAG, Landschaftsverband Rheinland
Lothar Buddinger	LAG Sozialpsychiatrische Dienste NRW
Ludger Schulten	LAG der Spitzenverbände der FW NRW e.V.
Karen Aderholz-Franke	LAG der Spitzenverbände der FW NRW e.V.
Jürgen Thar	Betreuungsgerichtstag e.V.
Birgit Holtermann	Amtsgericht Marl, OLG-Bezirk Hamm
Michael Römpke	AGÖB Rheinland
Stephan Jacobs	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Gustav Arnold	Landesverband für ehrenamtliche Betreuer und Bevollmächtigte
Kathrin Bröker	Amtsgericht Herford, OLG-Bezirk Hamm
Benedikt Merten	Lebenshilfe NRW
Ralf Künne	AGÖB Westfalen-Lippe
Mandy Catic	Berufsverband der Berufsbetreuer
Karen Pilatzki	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Theresa Handro	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Kristin Stilz	Justizministerium NRW
Stephanie Heckmann	Amtsgericht Siegburg, OLG-Bezirk Köln
Matthias Belke-Zeng	Bundesverband freier Berufsbetreuer e.V.
Oliver Tiemann	Bundesverband freier Berufsbetreuer e.V.
Monika Jurgutat	Amtsgericht Düsseldorf, OLG-Bezirk Düsseldorf
Andrea Vontz-Liesegang	Städtetag NRW
Karin Wallbaum	Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LBA, Geschäftsstelle ÜAG

Referent/-in:

Christian Wittke	Referent im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
Melany Richter	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Referat Prävention, Psychische Gesundheit, Sucht
Maik Pohlmann	Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Landesbetreuungsamt

Tagesordnung 19.11.2025

1. Begrüßung durch den Vorstand

2. Bericht aus dem Vorstand

3. Bericht aus der Geschäftsstelle

Berichterstattung: Frau Wallbaum

4. Vorstellung des Landespsychiatrieplanes

Referentin: Frau Melany Richter, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW

5. Bericht aus dem MAGS NRW

Berichterstattung: Frau Karen Pilatzki

6. Berichte aus den Arbeitsgruppen

- AG Banken: Herr Buddinger
- AG § 4 LBtG: Herr Buddinger
- AG Schnittstellen und Netzwerk im Betreuungswesen: Frau Schwabe
- Vorschläge für die Bildung neuer Arbeitsgruppen

7. Bericht aus dem Justizministerium NRW

Berichterstattung: Frau Stilz

8. Vortrag zu § 1832 BGB Zwangsbehandlung

Referent: Christian Wittke, Referent im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz

9. Projekt des LWL-Landesbetreuungsamtes „Kompetenzbasiertes Bildungskonzept zur Stärkung ehrenamtlicher Betreuung“ (Kombi-Ehrenamt): Aktueller Stand

Referent: Maik Pohlmann, LWL

10. Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung durch den Vorstand

Herr Waßenberg begrüßt die Anwesenden.

TOP 2: Bericht aus dem Vorstand

Lt. Herrn Waßenberg wurden seit der letzten Sitzung mehrere Vorstandssitzungen durchgeführt. Darüber hinaus habe man sich im Rahmen eines gemeinsamen Gespräches im MAGS NRW über die weiteren Ziele der ÜAG und über eine kontinuierliche enge Zusammenarbeit verständigt.

Die Broschüre zur Zusammenarbeit zwischen Betreuern und Banken sei in enger Abstimmung zwischen AG und Vorstand überarbeitet worden. Herr Waßenberg berichtete, die inhaltliche Gestaltung der Broschüre sei vom BMJV ausdrücklich gelobt worden. Die Broschüre soll auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz erscheinen. Dies wird gerade mit dem BMJV abgestimmt.

TOP 3: Bericht aus der Geschäftsstelle

Frau Wallbaum stellt die aktuelle Haushaltssituation der ÜAG vor. Die kalkulierten Ausgaben für das Jahr 2025 liegen bei 13.200 Euro. Im Jahr 2026 ist von einem Haushaltsansatz von 30.798 Euro auszugehen.

Lt. Frau Wallbaum haben sich Herr Blumenkamp und Frau Özkan aus der ÜAG verabschiedet. Die jeweiligen Nachfolger/-innen wurden noch nicht benannt.

TOP 4: Vorstellung des Landespsychiatrieplanes

Referentin: Melany Richter, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW

TOP 5: Bericht aus dem MAGS NRW

Berichterstattung: Frau Karen Pilatzki

1. Zum Thema Modellprojekte „Erweiterte Unterstützung“:
Frau Pilatzki führt aus, dass das Gesetz zur Änderung des LBtG (Trennung der Erweiterten Unterstützung von Modellvorhaben) im Kabinett vom Sofortzuschlagsumsetzungsgesetz getrennt wurde. Eigentlich hätten beide Gesetze in einem verabschiedet werden sollen. Dies bedeute, dass das Gesetz zur Änderung des LBtG voraussichtlich erst im ersten Quartal 2026 beschlossen werde und dann in Kraft treten könne.
2. Aktuell führe man eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Betreuungsvereine durch.
3. Momentan gebe es einzelne Bestrebungen, kommunale Betreuungsvereine zu gründen. Das MAGS sieht dies kritisch. Viel wichtiger sei es, das Betreuungswesen in sich zu stärken und hierauf einen Fokus zu legen.
4. Das Ministerium sei bestrebt, künftig eine bessere Übersicht über die Datenlage im Betreuungswesen zu erhalten.
5. Frau Pilatzki betont das Interesse des MAGS NRW an den Aktivitäten der ÜAG zu den Arbeitsgemeinschaften nach § 4 LBtG.
6. Zum Thema „Betreuerregistrierungsverordnung“ sei man im Rahmen einer Arbeitsgruppe im kontinuierlichen Austausch mit dem JM NRW und dem BMJV. Auch des JM NRW ist in der AG vertreten.
7. Die Geschäftsstelle der Landesinitiative Gewaltschutz ist ebenfalls im Referat VI B 6 des MAGS NRW angesiedelt. Im Abschlussbericht der Expertenkommission sind unter anderem Empfehlungen zum Betreuungsrecht enthalten. Die Empfehlungen und deren Umsetzungen in die Praxis sollen künftig verstärkt in den Fokus genommen werden.
8. Frau Pilatzki betont, dass das MAGS sehr an einem intensiven und kontinuierlichen Austausch mit allen Akteuren des Betreuungswesens interessiert ist.

TOP 6: Berichte aus den Arbeitsgruppen

- **AG Banken**

Herr Buddinger berichtet, dass die Broschüre und die Kurzfassung des Leitfadens zur Kooperation Betreuern und Banken nach letzten inhaltlichen Anpassungen nun gedruckt werden könne.

- **AG zu § 4 LBtG**

Lt. Herrn Buddinger hat die Arbeitsgruppe zwischenzeitlich eine Empfehlung zum Umgang mit § 4 LBtG entworfen. Das Papier habe ausdrücklich nur einen Empfehlungscharakter es handele sich nicht um eine konkrete Handlungsanweisung.

- **AG Schnittstellen**

Frau Schwabe stellt die ersten Planungen für den im Jahr 2026 angedachten Fachtag der ÜAG vor. Thema des Fachtages ist „Rechtliche Betreuung und Migration“. Datum der Veranstaltung ist der 1.10.2026. Die Tagung wird in der Jugendherberge in Köln-Riehl stattfinden. Für den Vormittag sind zwei Vorträge geplant. Nachmittags werden fünf Workshops angeboten.

- **Vorschläge für die Bildung neuer Arbeitsgruppen**

Frau Holtermann schlägt vor, die Tätigkeit der AG Banken fortzusetzen. Es wird vereinbart, in Kürze eine weitere Zusammenkunft durchzuführen.

Herr Waßenberg regt an, eine AG zum Thema „Entlassung aus Kliniken“ zu bilden. Ziel sollte es sein, die Rechtslage zu erläutern und Zuständigkeiten bei Entlassungen aus Krankenhäusern zu klären, um Reibungsverluste bei der Kooperation der beteiligten Akteure zu vermeiden. Hierdurch sollen auch unnötige Betreuerbestellungen respektive unnötige Eilbetreuungen vermieden werden. Diese Anregung findet breite Zustimmung. Frau Vontz-Liesegang empfiehlt, die Krankenhausgesellschaft einzubeziehen.

Folgende Mitglieder erklären sich zur Mitarbeit bereit: Herr Merten, Herr Röpke, Herr Buddinger, Frau Aderholz-Franke, Frau Handro, Frau Pilatzki, Frau Wallbaum

TOP 7: **Bericht aus dem Justizministerium**

Berichterstattung: Frau Stilz

Frau Stilz berichtet, dass die Vergütungsabrechnung ab dem 1.4.2026 nur noch mit dem Formular des JM möglich sein wird, ab dem 01.07.2026 sei die Einreichung nur noch elektronisch möglich. Weitere Informationen, insbesondere über die Möglichkeiten der elektronischen Einreichung, werden vom JM noch zur Verfügung gestellt.

Aktuell erfolge die Evaluation der Registrierungs-VO. Hierzu werden neben den Ländern auch die Verbände und weitere Experten beteiligt. Das BMJV habe auch weitere Fragen zu den Rahmenbedingungen der Berufsbetreuer mit in die Tagesordnung aufgenommen. Hier werde u.a. über die Frage, ob Betreuer andere Betreuer anstellen dürfen, ob es die Tandembetreuung mit zwei Berufsbetreuern geben soll oder wie der Berufsausstieg eines Betreuers geregelt werden kann, sodass bei Aufgabe der Tätigkeit (Alter/Krankheit) sichergestellt ist, dass Betreuer in einem angemessenen Zeitrahmen alle Betreuungen abgeben können, diskutiert. Die erste Sitzung habe bereits stattgefunden. Das BMJV werde über die weitere Planung der Evaluierung noch entscheiden.

TOP 8: **Vortrag zu § 1832 BGB Zwangsbehandlung**

Referent: Christian Wittke, Referent im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Top 9: **Projekt des LWL-Landesbetreuungsamtes „Kompetenzbasiertes Bildungskonzept zur Stärkung ehrenamtlicher Betreuung“ (Kombi-Ehrenamt): Aktueller Stand**

Referent: Maik Pohlmann, LWL

TOP 10: **Verschiedenes**

- **Nächste Sitzung der ÜAG: 15. April 2026 im Haus der Technik in Essen**

Gez.

Karin Wallbaum